

Technik der Lebensversicherung im Wandel - Trends im Nachgang zur Bundestagswahl

Detlev Kobus
Zurich Gruppe Deutschland
24.09.2013



DAA

DEUTSCHE
AKTUAR-AKADEMIE GmbH



ZURICH[®]

Agenda

- **Zurich Gruppe**
- Technik der Lebensversicherung im Wandel
- Die Wahl am 22.09.2013
- Auswirkungen
- Fazit

Zurich Insurance Group (Zurich)

- Zurich gibt es seit 1872.
- Hauptsitz ist Zürich / Schweiz.
- Zurich erbringt Dienstleistungen in mehr als 170 Ländern.
- Zurich beschäftigen weltweit rund 60.000 Mitarbeiter.



Zurich – globaler Versicherer

- Zurich unterstützt weltweit Privatkunden, kleine und mittelständische Unternehmen sowie globale Konzerne dabei, Risiken zu verstehen und sich gegen diese zu schützen. Hierzu bieten wir zahlreiche Versicherungsprodukte, Lösungen und Beratungsdienstleistungen an.
- Zurich zählte 2011 zu den 100 wertvollsten Marken weltweit. (Interbrand)
- Zurich belegt den zweiten Platz unter den angesehensten Sach- und Unfallversicherern und Platz 102 unter den Fortune-Global-500-Unternehmen. (Fortune-Liste)

Die Zurich Gruppe in Deutschland

- Die Zurich Gruppe Deutschland gehört zur weltweit tätigen Zurich Insurance Group.
- Mit Beitragseinnahmen (2011) von über 6 Milliarden EUR, Kapitalanlagen von mehr als 31 Milliarden EUR und über 5.000 Mitarbeitern zählt Zurich zu den führenden Versicherungen in Deutschland.
- Zurich bietet innovative und erstklassige Lösungen zu Versicherungen, Vorsorge und Risikomanagement aus einer Hand. Individuelle Kundenorientierung und hohe Beratungsqualität stehen dabei an erster Stelle.

Die Zurich Gruppe in Deutschland



Wiesbaden



Oberursel



Frankfurt



Bonn

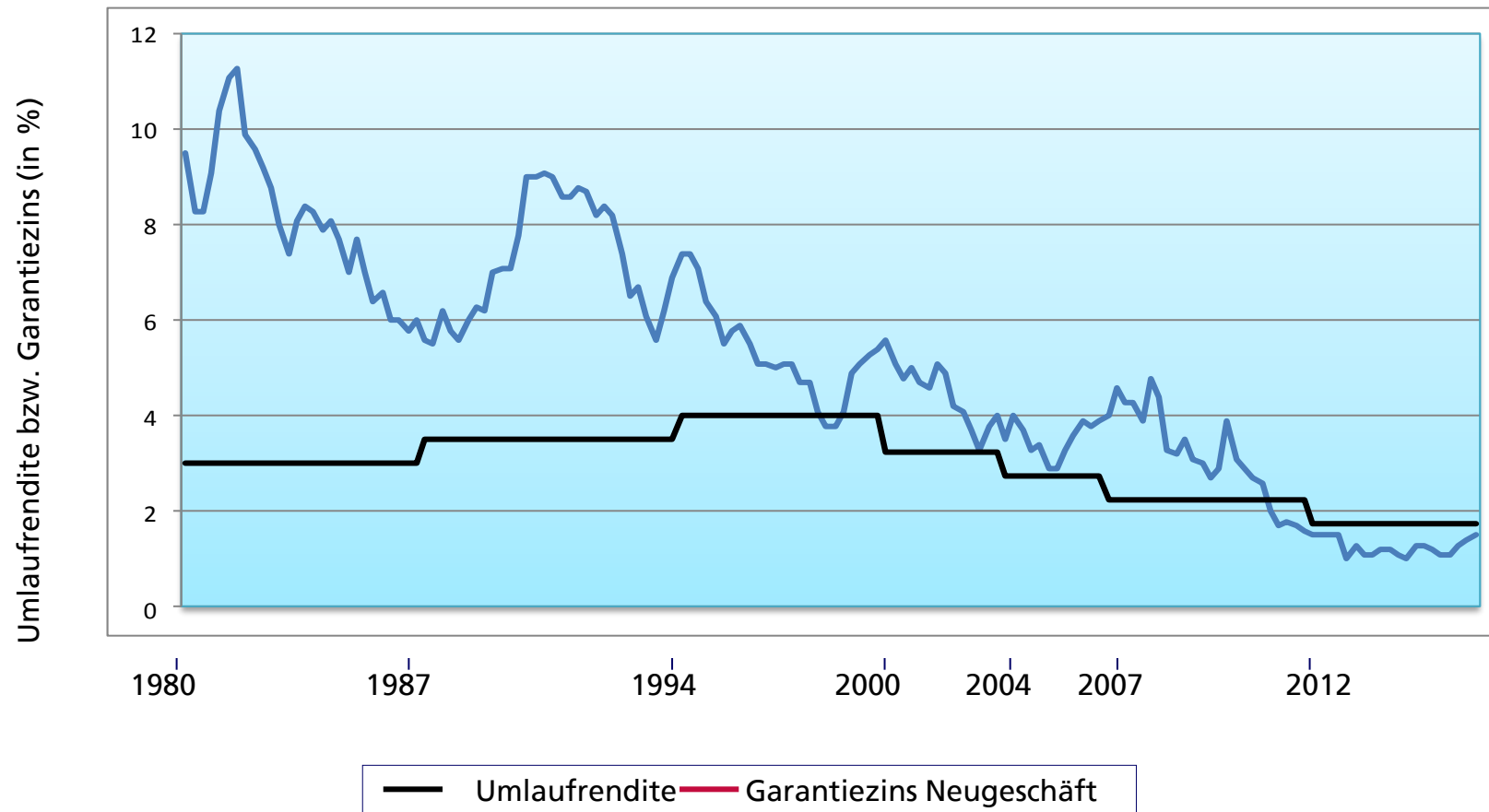


Köln

Agenda

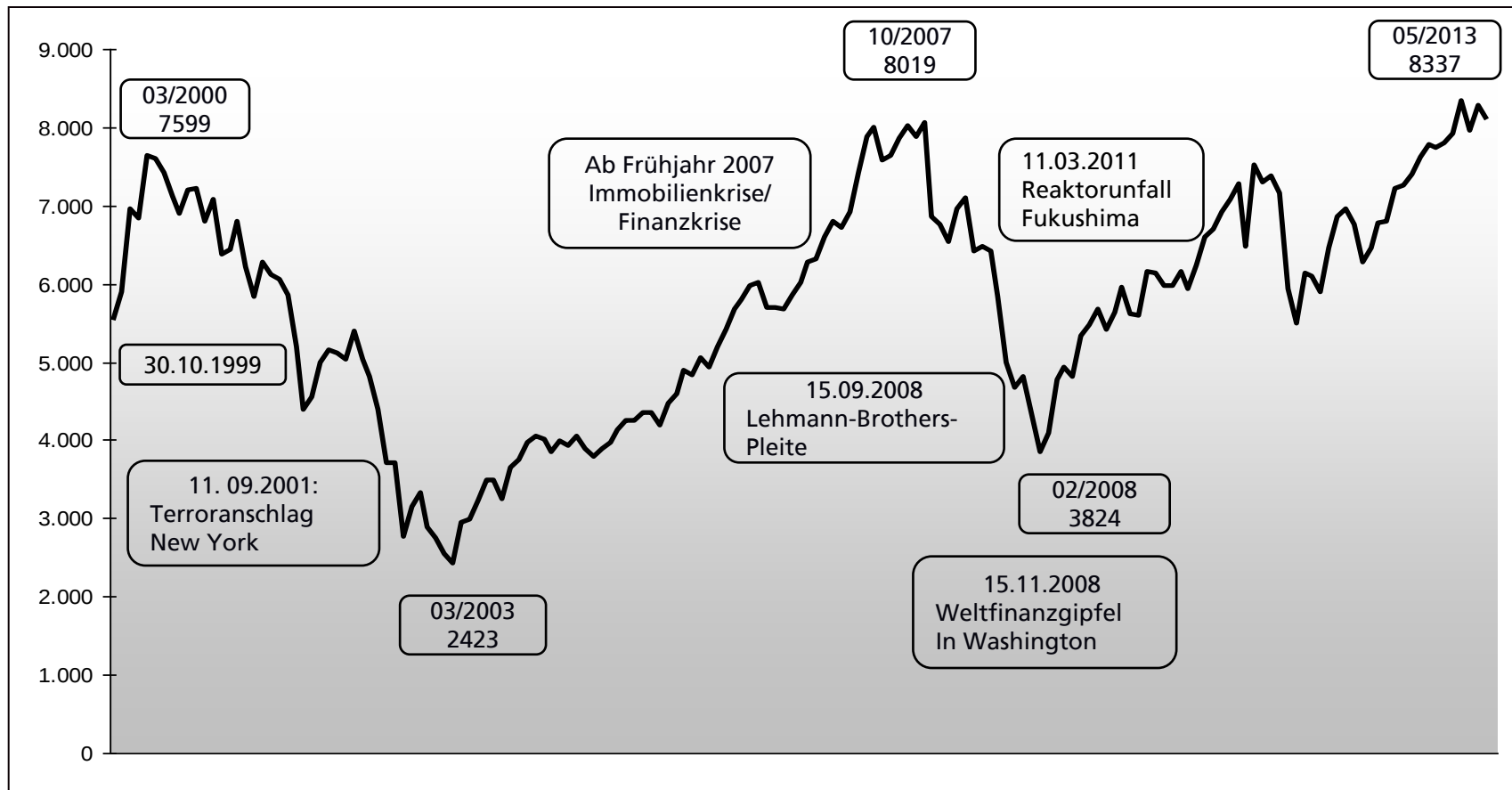
- Zurich Gruppe
- **Technik der Lebensversicherung im Wandel**
 - *Kapitalmarkt*
 - *Biometrie*
 - *Kosten*
 - *Fazit*
- Die Wahl am 22.09.2013
- Auswirkungen
- Fazit

Umlaufrendite / Garantiezins



http://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/Zeitreihen_Datenbanken/Makrooekonomische_Zeitreihen/its_details_value_node.html?tsId=BBK01.WU0017 Umlaufrenditen inländischer Inhaberschuldverschreibungen / Insgesamt / Monatsdurchschnitte

DAX Monatsendwerte



<http://boerse.freenet.de/846900-DAX-Indizes-Historisch?page=1>

Kapitalmarkt

- Lange, hohe, teurere klassische Zinsgarantien. Trend zu kürzeren Garantien.
- Zinsaufschwung ist nicht in Sicht.
- Volatile Kapitalmärkte.
- Langfristige Anlagen zunehmend im Hinblick auf Asset-Liability-Matching schwieriger.
- Ergebnisrechnung der Unternehmen wird belastet.
- Der Kunde erwartet mehr Geld als eigene Zahlungen.
- Biometrie und Kosten sind wichtige Ergebnisquellen.

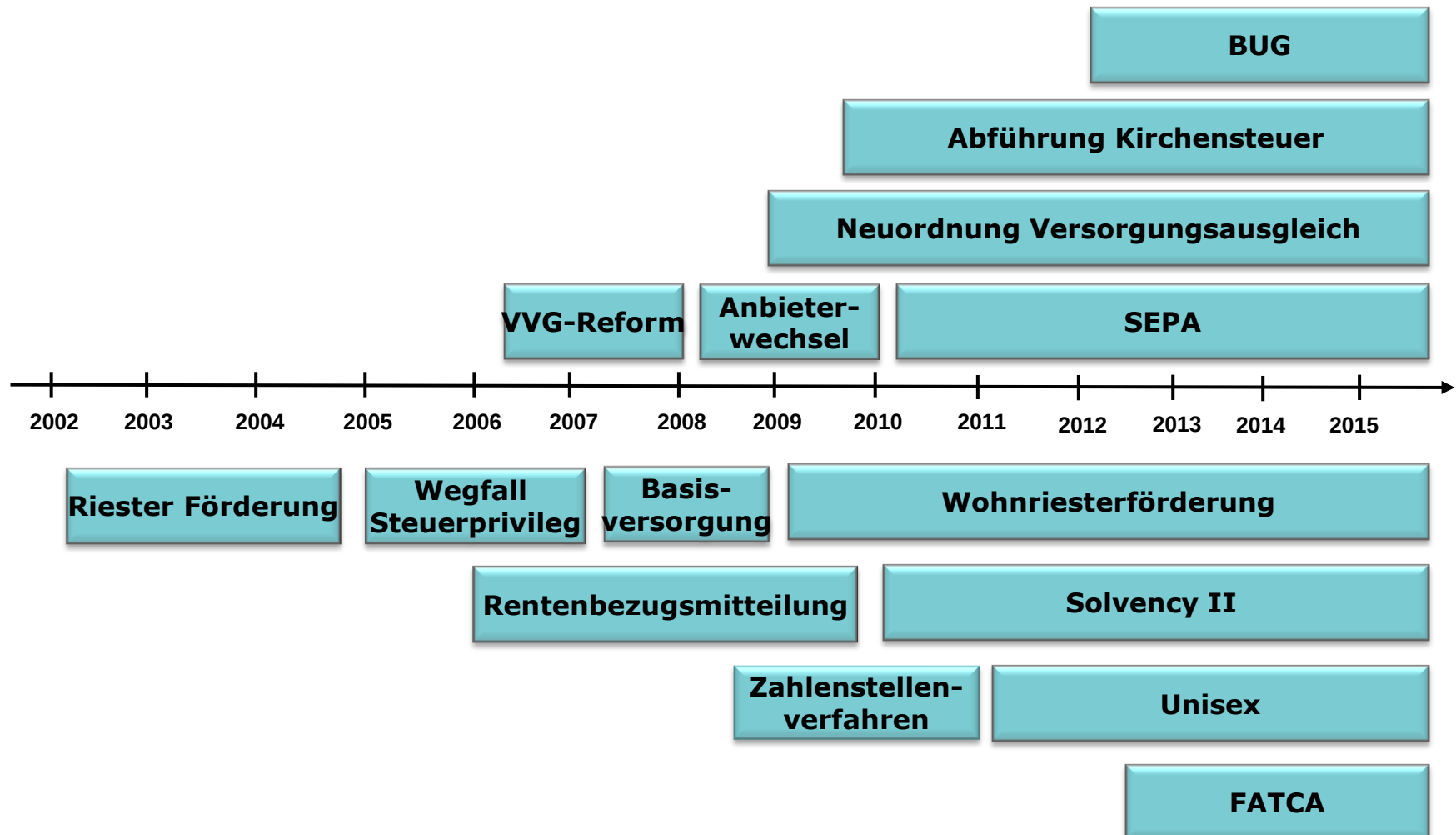
Lebenserwartung

x	Mann Frau	StT 2004/2006	StT 2005/2007	StT 2006/2008	StT 2007/2009	StT 2008/2010
0	Mann	76,64	76,89	77,17	77,33	77,51
0	Frau	82,08	82,25	82,40	82,53	82,59
20	Mann	57,24	57,49	57,74	57,90	58,05
20	Frau	62,56	62,72	62,85	62,97	63,03
40	Mann	37,98	38,20	38,44	38,59	38,73
40	Frau	42,92	43,08	43,20	43,32	43,37
60	Mann	20,58	20,75	20,93	21,04	21,16
60	Frau	24,49	24,61	24,71	24,81	24,85
65	Mann	16,77	16,93	17,11	17,22	17,33
65	Frau	20,18	20,31	20,41	20,52	20,56
80	Mann	7,51	7,56	7,65	7,67	7,71
80	Frau	8,87	8,92	8,97	9,04	9,06

Biometrie

- Die Lebenserwartung steigt stetig an.
- Kunden wünschen zunehmend Rentenzahlungen statt einer möglichen Kapitalabfindung.
- Das erforderliche Kapital zur Absicherung der Risiken Tod, Berufsunfähigkeit und Alter steigt zusätzlich wegen der sinkenden Zinsen.

Änderungen



Kosten

- Viele Änderungen durch den Gesetzgeber.
- Melde- und Bescheinigungsverfahren wurden nötig.
- Interpretationsspielräume in den BMF-Schreiben.
 - Entwurf BMF-Schreiben vom 2.8.2012 Schicht 2
 - Finale Version 24.07.2013
 - Aktualisierung durch AVVG erforderlich.
- Konkretisierung durch Gerichte ‚Mindestrückkaufswerte‘.
 - BGH Urteil vom 25.07.2012
 - BGH Urteil vom 26.06.2013
 - Verhandlung vor dem BGH am 11.09.2013
- Erhöhte Verbraucherschutzanforderungen.
 - IMD2/PRIPS
- Umsetzung kostet Geld und erhöht die Kosten.

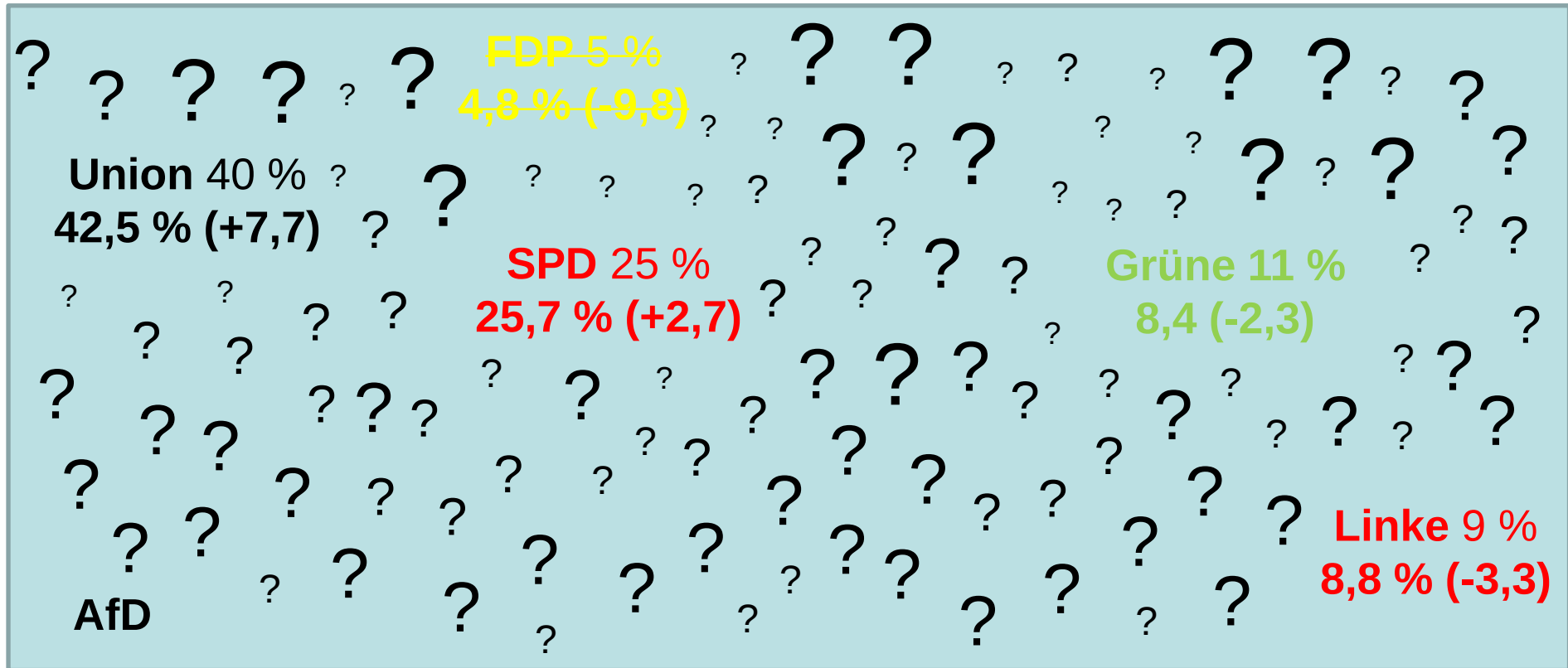
Was ist der Wandel?

- Garantieprodukte sind nicht mehr zeitgemäß(?)
- Biometrische Risiken nehmen zu.
- Kostendruck durch viele Änderungen in hoher Frequenz.
- Kontrollmitteilungen sind erforderlich.
- Die Nachvollziehbarkeit von Berechnungen ist erforderlich.
- Das ruhige Fahrwasser ist vorbei.
- Konjunkturzyklen für die Versicherungswirtschaft.
- Änderungen nach der Bundestagswahl sind wahrscheinlich.

Agenda

- Zurich Gruppe
- Technik der Lebensversicherung im Wandel
- **Die Wahl am 22.09.2013**
 - *Wahlergebnis*
 - *Schlaglichter aus der Presse*
 - *Duell der Kandidaten am 1.9.2013* keine Analyse
 - *Die Positionen der deutschen Versicherer 2013*
 - *Wahl-O-Mat*
 - *CDU SPD FDP Grüne* Details im Back-up
 - *Fazit* zur Diskussion
 - *Trends und Unterschiede* zur Diskussion
- Auswirkungen
- Fazit

Sonntagsfrage, FAZ 8.9.2013 - Wahlergebnis



„Es gibt keine Wechselstimmung.“ „CDU steht für Sicherheit.“ „SPD hat Kompetenz für soziale Gerechtigkeit.“ „Grünen stehen für die ‚Gutmenschen-themen‘.“ „FDP ist eine Klientelpartei.“ *Manfred Güllner, Forsa, VW 01.09.2013*

Schlaglichter aus der Presse (1/3)

Pilotversuch mit neuen Garantieförmn Neue Lebensversicherung von Ergo schafft verlässliche Zusagen auf neuen Wegen. Einigung bei der Privaten Altersvorsorge, Grünes Licht für das Altersvorsorge-Verbesserungsgesetz. *VW, 15. Juni 2013*

Zum Durchhalten verdammt? Viele verunsicherte Sparer spielen mit dem Gedanken, ihre laufende Lebensversicherung zu kündigen und das Geld lieber anderweitig anzulegen. Die Welt am Sonntag hat ausrechnen lassen, wann sich ein Ausstieg für die Versicherten lohnt. *Welt am Sonntag, 30. Juni 2013*

Ode an den DAX. Am Montag wird der Deutsche Aktienindex 25 Jahre alt. Unser Autor Frank Stocker zieht eine Bilanz – und hat sich dabei von Friedrich Schiller inspirieren lassen. „Seid um-schlungen, Millionen!“ „Ihr stürzt nieder, Millionen?“ „Duldet muthig Millionen!“ „Unser Schuldbuch sey vernichtet!“ *Welt am Sonntag, 30. Juni 2013*

Absage an die Bürgerversicherung, Regierungsprogramm: CDU und CSU bleiben beim Thema Gesundheitssystem ihrer bisherigen Linie treu. *VW, 1. Juli 2013*

Niedrigzins belastet Versorgungswerke – Die Rente vieler Freiberufler baut auf Zinstiteln auf, die weniger Rendite abwerfen. Das zwingt die Versorgungswerke zum Umdenken. *FAZ, 5. Juli 2013*

Schlaglichter aus der Presse (2/3)

Lebensversicherung wird Auslaufmodell. Neue Policen bieten keinen Garantiezins mehr, sondern nur das Prinzip Hoffnung – Was Lebensversicherer von den Beiträgen abzweigen. *VW, 1. Juli 2013*

Deutschland vor der Wahl, Christlich-liberale Regierungsbilanz: „Vier gute Jahre für Deutschland“ *VW, 1. Juli 2013*

Versicherer gehen auf Sparkurs. Die Branche will Provisionen für Lebensversicherungen kürzen. Davon profitieren vor allem die Anbieter. Kunden hätten nur wenig davon. *Welt am Sonntag, 25.08.2013*

Bitte nicht lesen! Die Wahlprogramme der Parteien sind nur schwer zu verstehen – vor allem, wenn es um Wirtschaftsthemen geht. Kein Schuft, wer Böses dabei denkt. Die Lieblingswörter der Parteien. Deutschland & Menschen *Welt am Sonntag, 25.08.2013*

„Konkurrierende Konzepte zwischen Mütterrente und Altersarmut. Der GDV erwartet echte Reformschritte (Riester und bAV). Die Zeit der großen Euphorie für die Privatisierung ehemals öffentlicher Leistung ist vorbei.“ *VW, 1. September 2013*

Schlaglichter aus der Presse (3/3)

Zu viel versprochen. Die Lebensversicherer leiden unter den niedrigen Anlagezinsen. Zum Problem werden zunehmend die Altverträge, für die Anbieter einen hohen Zins garantiert haben. *Welt am Sonntag, 1.09.2013*

Die Illusion vom sicheren Geld. *Welt am Sonntag, 8.09.2013*

Riester ist keine Antwort. Die Rente wird in Zukunft nicht mehr zum Leben reichen. Unklar ist, welche Weichen jetzt zu stellen sind. Ein Streitgespräch zwischen einer Gewerkschafterin und einem Vertreter der Versicherungsbranche. *Welt am Sonntag, 8.09.2013*

Lücke mit Potential. Eine Umfrage der ‚Welt am Sonntag‘ zeigt: Die DAX-Konzerne stützen still und heimlich die Altersvorsorge ihrer Mitarbeiter. Niedrigzins und Demografie entfalten ihre Wirkung. ‚Riester ist keine Antwort‘ Die Rente wird in Zukunft nicht mehr zum Leben reichen. Unklar ist, welche Weichen jetzt zu stellen sind. Ein Streitgespräch zwischen einer Gewerkschafterin und einem Vertreter der Versicherungsbranche. *Welt am Sonntag, 15.09.2013*

GA-Stimmungsbarometer für Bonn und den Rhein-Sieg-Kreis. Die Kandidaten werden bekannter. *General-Anzeiger, 14./15.9.2013*

Wahl-O-Mat

Mindestlohn Es soll ein gesetzlicher flächendeckender Mindestlohn eingeführt werden. **Betreuungsgeld** Eltern, deren Kinder nicht in die Kita gehen, sollen ein Betreuungsgeld erhalten. **Tempolimit** Generelles Tempolimit auf Autobahnen! **Euro** Deutschland soll den Euro als Währung behalten. **Strompreis** Der Strompreis soll vom Staat stärker reguliert werden. **Videoüberwachung** Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum soll ausgebaut werden. **Grundeinkommen** In Deutschland soll ein bedingungsloses Grundeinkommen eingeführt werden. **Ökologische Landwirtschaft** Nur ökologische Landwirtschaft soll finanzielle Förderung erhalten. **Getrennter Schulunterricht** Alle Kinder sollen ungeachtet ihres kulturellen Hintergrundes gemeinsam unterrichtet werden. **Spitzensteuersatz** Der Spitzensteuersatz soll erhöht werden. **NATO-Austritt** Deutschland soll aus der NATO austreten. **Kohlekraft** Kein Neubau von Kohlekraftwerken! **Pille danach** Die "Pille danach" soll rezeptpflichtig bleiben. **Verstaatlichung von Banken** Alle Banken in Deutschland sollen verstaatlicht werden. **Flüchtlingspolitik** Deutschland soll mehr Flüchtlinge aufnehmen. **Lohnersatz bei Pflegezeit** Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen für die Zeit, in der sie Angehörige pflegen, staatliche Lohnersatzleistungen erhalten. **Parteienverbot** Verfassungswidrige Parteien sollen weiterhin verboten werden dürfen. **Staatliche Unterstützung von Studierenden** BAföG soll unabhängig vom Einkommen der Eltern gezahlt werden. **Grenzkontrollen** An allen deutschen Grenzen sollen wieder Einreisekontrollen durchgeführt werden. **Frauenquote** In Aufsichtsräten und Vorständen von Unternehmen soll eine gesetzliche Frauenquote gelten. **Länderfinanzausgleich** Finanzstarke Bundesländer sollen schwache Bundesländer weniger unterstützen müssen. **Rente mit 67** Das gesetzliche Renteneintrittsalter soll wieder gesenkt werden. **Migranten im Staatsdienst** Der Staat soll im öffentlichen Dienst verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund einstellen. **Rüstungsexporte** Rüstungsexporte sollen verboten werden. **Einkommensteuer** Das Ehegattensplitting soll beibehalten werden. **EU-Beitritt der Türkei** Deutschland soll sich für einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union einsetzen. **Nebeneinkünfte** Abgeordnete des Bundestags sollen ihre Nebeneinkünfte auf den Euro genau offenlegen müssen. **EEG-Umlage** Energieintensive Industrien sollen sich stärker als bisher an der Finanzierung der Energiewende beteiligen müssen. **Sanktionen beim ALG II** Hartz-IV-Empfängern und -Empfängerinnen sollen weiterhin Leistungen gekürzt werden, wenn sie Jobangebote ablehnen. **Kirchensteuer** Der Staat soll weiterhin für Religionsgemeinschaften Kirchensteuer einziehen. **Bürgerversicherung** Alle Bürgerinnen und Bürger sollen in gesetzlichen Krankenkassen versichert sein müssen. **Eurobonds** In der Euro-Zone soll jeder Staat alleine für seine Schulden haften. **Adoptionsrechte für Schwule und Lesben** Auch gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften sollen ein gemeinsames Adoptionsrecht erhalten. **Vorratsdatenspeicherung** Keine Speicherung von Kommunikationsdaten (z.B. Telefon, Internet) ohne konkreten Anlass! **Mietpreisbremse** Bei Neuvermietungen soll der Mietpreis nur begrenzt angehoben werden dürfen. **Doppelte Staatsangehörigkeit** Volljährige deutsche Staatsangehörige sollen keine weitere Staatsangehörigkeit besitzen dürfen. **Pkw-Maut** Die Nutzung von Autobahnen soll kostenpflichtig sein. **Volksentscheide** Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene!

GDV - Die Positionen der Deutschen Versicherer

Lebensversicherung in der Niedrigzinsphase „Flutung der Kapitalmärkte mit Notenbankgeld beenden“ „Beteiligung an Bewertungsreserven neu regeln“ „Anpassung der Rückkaufswerte bei plötzlichen Zinsanstieg“ „Übergangsregeln des §21 KSTG verlängern“

Altersvorsorge „Die Riester-Rente ist das richtige Instrument ...“ „... kann aber verbessert werden“, Förderung zeitgemäß weiterentwickeln“, „Zusatzbeiträge in der GRV und staatliche Vorsorgekonten: Irrwege vermeiden“

„Säulenübergreifende Renteninformation ermöglichen“

Verbraucherschutz

„Versicherungsvermittlung: Pluralismus nationaler Vergütungssysteme berücksichtigen“

„Altersvorsorgeprodukte von PRIIP-Anwendungsbereich ausnehmen“ „Honorarberatung: Kein Pflicht zum Angebot von Nettotarifen“ „Verbraucherpolitische Interesskonflikte im Wege der Minimalharmonisierung lösen

– Erlass von Durchführungsbestimmungen beschränken.

Solvency II „Vorsicht beim vorziehen von Teilen von Solvency II“ „Konsequenzen aus dem LTGA ziehen“ „Proportionalitätsgebot mit Leben füllen“ „Berichtspflichten begrenzen“ „Geeignetes Übergangskonzept und verlässlichen Zeitplan festlegen“

Aufsicht „Einheitliche Berichtswege sicherstellen“ , Keine Aufsicht über Finanzkonglomerate durch EZB und Bundesbank“ „Europäische Versicherungsaufsichtsbehörde sollte sich auf ihre Kernkompetenzen konzentrieren“ Versicherungsgeschäft als systemrisiko-frei anerkennen“ „Internationale Gruppen nach gemeinsamen Prinzipien beaufsichtigen“

Informationstechnologie „E-Government und E-Business: Anwendungsmöglichkeiten erweitern und Rechtsunsicherheiten beseitigen.“ „IT-Sicherheitsgesetze: Etablierte Verfahren zum Schutz elektronischer Geschäftsprozesse anerkennen“

Steuern

„Finanztransaktionssteuer: Altersvorsorge ausnehmen“ „Unternehmensbesteuerung: steuerliche Organschaft zur echten Gruppenbesteuerung weiterentwickeln“ FATCA: Versicherung von Regelungsrahmen befreien“ „Investmentsteuerrecht: keine neue Strafbesteuerung“

CDU SPD FDP Grüne

CDU Regierungsprogramm 2013 – 2017 Strenge Regeln für die Finanzmärkte ... Für ein gutes Leben im Alter – sichere Rente ... Eigener Wohnraum sichert die Altersvorsorge ... Sicherheit bei Finanzgeschäften

SPD Das Regierungsprogramm 2013 – 2017 Märkte brauchen Regeln - für nachhaltiges Wachstum ... Wir wollen die Finanztransaktionssteuer ... Für eine gerechte Steuerpolitik ... Gute Arbeit, gute Rente ... Verbraucherinnen und Verbraucher schützen und stärken

~~**FDP Bürgerprogramm 2013 – 2017** Finanzmarkt ... Rente ... Verbraucherschutz~~

Grüne Bundestagswahlprogramm 2013 Die Finanzmärkte an die Leine nehmen ... Grüne Rentenpolitik: mit der Garantierente gegen Altersarmut ... VerbraucherInnen mächtig machen

Fazit

Regulierung Finanzindustrie

FTT Finanztransaktionssteuer

Mindestrente Verschiedene Voraussetzungen

Riester

Betriebliche AV

Verbraucherschutz

- Honorarberatung
- Produktinformationen
- Nettotarife
- Finanzaufsicht
- Informationsplattform

CDU ☒ SPD ☒ FDP ☒ Grüne ☒

CDU ☒ SPD ☒ FDP ☒ Grüne ☒

CDU ☒ SPD ☒ FDP ☒ Grüne ☒

CDU ☒ SPD ☐ FDP ☒ Grüne neu

CDU ☒ SPD ☒ FDP ☒ Grüne neu

CDU ☒ SPD ☒ FDP ☒ Grüne ☒

CDU ☒ SPD ☒ FDP ☒ Grüne ☒

CDU ☒ SPD ☒ FDP ☒ Grüne ☒

CDU ☐ SPD ☒ FDP ☒ Grüne ☐

CDU ☒ SPD ☒ FDP ☒ Grüne ☒

CDU ☒ SPD ☐ FDP ☒ Grüne ☐

CDU – FDP

„Wer jahrzehntelang gearbeitet, in den Generationenvertrag eingezahlt und zusätzliche vorgesorgt hat, muss im Alter eine auskömmliche Rente haben ... Wir wollen, dass sich jeder Bürger über Fragen der Alterssicherung gut informieren und in Zukunft besser nachvollziehen kann, welche Anwartschaften er in den verschiedenen Säulen der Alterssicherung angespart hat. Daher setzen wir uns für eine unabhängige und übergreifende Informationsplattform ein, auf der alle Ansprüche aus gesetzlicher Rente, Betriebsrente und privater Vorsorge sicher, einfach und übersichtlich zusammengefasst sind. Eventuell bestehende Versorgungslücken können so besser aufgedeckt werden. Versicherte können besser erkennen, ob sie ausreichend viel für ihre Altersvorsorge tun.“

Regierungsprogramme CDU

~~*„konsequent beitragsbezogene Rente – Mischung aus umlagefinanzierter und kapitalgedeckter Vorsorge – angemessene Regulierung und Aufsicht – Dabei geht es auch um die Beteiligung der Versicherten an den Gewinnen aus den Bewertungsreserven.“*~~ Schreiben Dr. Westerwelle

SPD - Grüne

*„Kein Finanzprodukt, kein Finanzmarktakteur darf mehr unreguliert bleiben, das ist unsere Leitlinien. ... Hier muss sich auch die Versicherungswirtschaft selbstkritisch fragen, inwiefern sie durch überzogene Gebühren die Akzeptanz der Riester-Rente gefährdet! ... Deshalb wollen wir die Bafin auch mit einem verbraucherpolitischen Mandat ausstatten. ... Ich halte das deshalb für wichtig, da die betriebliche Altersvorsorge häufig das Geld viel effizienter und geschickter anlegt, als es ein Einzelner über einen Riestervertrag machen könnte.“ Joachim Poß
VW 17/2013 vom 1.9.2013*

„Mit der Finanztransaktionssteuer wollen wir einerseits die Besteuerung des Finanzsektors erhöhen, ... Wir wollen ein einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt für die staatlich geförderte zusätzliche Altersvorsorge einführen. Bei der Weiterentwicklung der betrieblichen Altersvorsorge ist uns die Sicherheit besonders wichtig. Hinsichtlich der privaten Altersvorsorge halten wir einen verbraucherpolitischen Neustart für nötig, da viel zu viel von dem Geld, das Staat und RiesterSparerInnen für die private Altersvorsorge bereitstellen, in den Taschen der Vermittler und Anbieter landet.“ Frau Dörner MdB

Annelie Buntenbach, Rentenexpertin im Vorstands des DGB

„Man muss sich klarmachen, dass sich Demografie Kosten nicht wegreformieren, lassen. Die Frage ist, wer sie bezahlt. Wir sollen dass sie solidarisch innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung getragen werden und dass hier vorgesorgt wird., damit das für alle verkraftbar ist. Nicht, dass es dem Einzelnen privat zugeschoben wird, der das nicht bezahlen kann. Rentenbeiträge, die der Arbeitgeber mitbezahlt, sind besser als Privatvorsorge, mit der die Beschäftigten alleingelassen werden.“

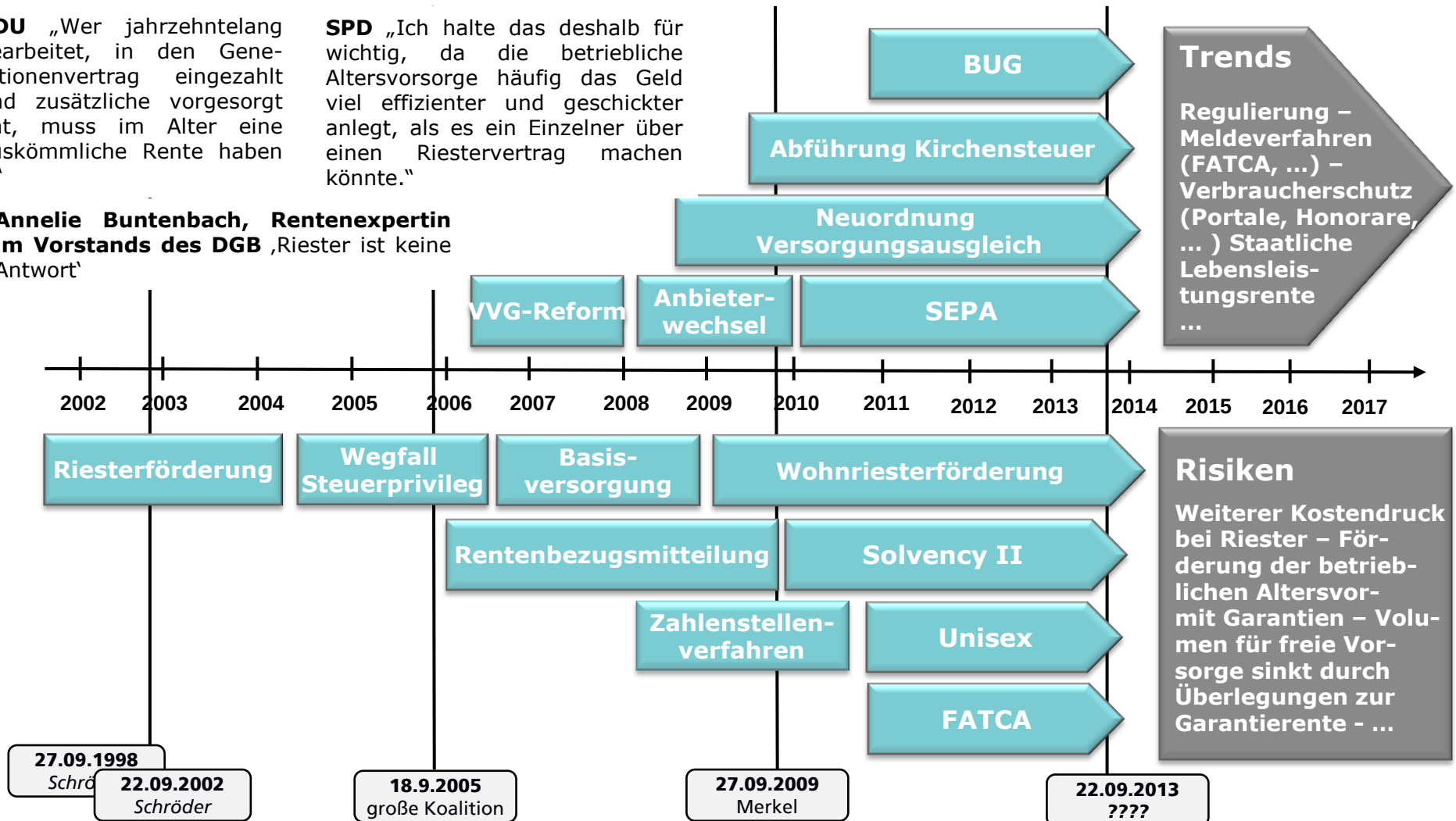
Welt am Sonntag, 8. September 2013

Trends und Unterschiede zur Diskussion

CDU „Wer jahrzehntelang gearbeitet, in den Generationenvertrag eingezahlt und zusätzliche vorgesorgt hat, muss im Alter eine auskömmliche Rente haben ...“

SPD „Ich halte das deshalb für wichtig, da die betriebliche Altersvorsorge häufig das Geld viel effizienter und geschickter anlegt, als es ein Einzelner über einen Riestervertrag machen könnte.“

Annelie Buntenbach, Rentenexpertin im Vorstands des DGB „Riester ist keine Antwort“



Agenda

- Zurich Gruppe
- Technik der Lebensversicherung im Wandel
- Die Wahl am 22.09.2013
- **Auswirkungen**
 - *Betriebstechnik*
 - *Compliance*
 - *Governance*
- Fazit

Betriebstechnik

Die **Betriebstechnik** stellt durch Analyse, Planung und Anpassungen das Zusammenspiel von Software, Hardware und Prozessen (Menschen) zur ‚kostengünstigsten‘ Umsetzung von Anforderungen im Hinblick auf die gegebenen Rahmenbedingungen (auch Zeit) sicher.

Betriebstechnik *Früher*

- Umsetzung durch eingespieltes Arbeiten von Fachbereichen und IT.
- Standardsoftwareeinsatz zur Verkürzung der Entwicklungsprozesse.
- Beratereinsatz und Einsatz von Zeitarbeitsfirmen zum Ausgleich von Kapazitätsspitzen.
- Arbeitsverlagerung in Callcenter etc. zur Reduzierung der Arbeitskosten und zur Erhöhung des Service.

Betriebstechnik *Zukünftig*

- Zeitnahe Umsetzung von kurzfristigen Anforderungen nötig. Geht nicht, gilt nicht!` - Wie? nicht Ob? - Gestern gilt nicht.
- Austauschbarkeit und Skalierbarkeit sicherstellen (IT und Kundenservice).
- Zunehmende Granularität von Informationspflichten (FATCA, Vergütungstransparenz, Kundeninformationen).
- Alte Fragen erneut bearbeiten. Vergangenheit abschließen, Zukunft gestalten?
- Migration prüfen.
 - + Optimierte Verwaltung in einem Verwaltungssystem.
 - Unzureichender Daten für Korrekturen in der Vergangenheit.
 - + Nutzung vorhandener Funktionalitäten und Zentralservices.
 - Erhöhung der Komplexität.
- Bewährtes bewahren.

Compliance

***„Compliance** bedeutet die Einhaltung von Verhaltensregeln – Verhaltensregeln, die die Einhaltung der Gesetze und natürlich auch sonstiger Vorschriften beinhalten, damit ein Unternehmen sauber arbeitet, ohne Korruption, ohne Bestechung. Einhaltung ethischer Regeln – das ist im Grunde Compliance.“*

Dr. Theo Waigel in der VW 07/2013 vom 1. April 2013

Compliance *Früher*

- Planbare Änderungen mit ‚langen‘ Vorlaufzeiten.
 - Rechnungszinsänderungen 3,5 % / 4,0 %
 - Austausch der Sterbetafeln
 - VVG-Reform
- Klare Rahmenbedingungen durch den Gesetzgeber in einem regulierten Umfeld.
 - Mustergeschäftspläne
- Vertrauensschutz für den Bestand.

Compliance *Zukünftig*

- Unklare und ‚späte‘ Regeln berücksichtigen.
 - Unisex
 - FATCA
- Interpretierbare Vorgaben umsetzen.
 - Anbieterwechsel, Versorgungsausgleich
- Beeinflussung durch steigenden Verbraucherschutz.
 - zum Beschwerdemanagement (EIOPA Richtlinien)
 - Proposition Management (Kundengruppen gerechte Produkte)
- Risiken bewerten.

Governance

Governance bezeichnet die Gestaltung von Prozessen und Strukturen, um die Herausforderungen im Unternehmen zu bewältigen.

Governance *Früher*

- Linienorganisation stellen die Fachlichkeit und die Beauftragung von Änderungen sicher.
- Vertrauensvolle Zusammenarbeit Fachbereich mit IT.
- ‚Vollständige‘ Automatisierung im Nachgang von gesetzlichen Änderungen.
- Mitarbeiter mit langjähriger Erfahrung kennen sich aus.
- ...

Governance *Zukünftig*

- Zeitnahes Monitoring (rechtliche Rahmenbedingungen, Leistungserbringung IT, Service).
- Strukturierte und ‚formalisierte‘ IT Prozesse.
 - Manage Anforderungen, Schätzungen, Steuerung, ...
 - Change Konzeption, Realisierung, Abnahme, ...
 - Run Wartung, Produktionsbetreuung, ...
- Solvency II / Omnibus II (Implementation Guidelines der EIOPA).
- Standardisierte und dokumentierte Verwaltungsabläufe (Richtlinien / Checklisten, Sonderfallbearbeitung, Beschwerdebearbeitung / Kontrollen).
- Formale Kapazitätsplanung (Personalbedarfsberechnung, Einsatzplanung, Tagessteuerung).

Agenda

- Zurich Gruppe
- Technik der Lebensversicherung im Wandel
- Die Wahl am 22.09.2013
- Auswirkungen
- **Fazit**

Fazit

Wandel Die Versicherungstechnik muss sich dem (Kapital) Marktumfeld und den Kundenanforderungen stellen.

- Private Vorsorge mit neue Produkten erforderlich.
- Staatliche Regulierung für geförderte Produkte.
- Meldeverfahren sollen die Steuerehrlichkeit ‚erzwingen‘.
- Dem Verbraucherschutz ist Rechnung zu tragen.

Wahl Die Bundestagswahl ist nur ein Zwischenstopp. Der Wandel bleibt. Die Haltungen der politischen Parteien zu konkreten Ausgestaltung der privaten Vorsorge sind unterschiedlich.

Betriebstechnik / Compliance / Governance Trotz Druck zur Automatisierung, Standardisierung und Digitalisierung müssen Änderungen zeitnah ‚auch für alte Bestände‘ umgesetzt werden.

Danke

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Detlev Kobus
detlev.kobus@zurich.com

Analyse der Parteiprogramme Backup-up

CDU Regierungsprogramm 2013 - 2017 *Folie 43 ff*

- **Strenge Regeln für die Finanzmärkte** Seite 29 ff
- **Für ein gutes Leben im Alter – sichere Rente** Seite 72 ff
- **Eigener Wohnraum sichert die Altersvorsorge** Seite 93 ff
- **Sicherheit bei Finanzgeschäften** Seite 101 ff

SPD Das Regierungsprogramm 2013 – 2017 *Folie 46 ff*

- **Märkte brauchen Regeln – für nachhaltiges Wachstum** Seite 13 ff
- **Für eine gerechte Steuerpolitik** Seite 68
- **Gute Arbeit, gute Rente** Seite 79 ff
- **Verbraucherinnen und Verbraucher schützen und stärken** Seite 93 ff

FDP Bürgerprogramm 2013 – 2017 *Folie 49 ff*

- **Finanzmarkt** Seite 20
- **Rente** Seite 34 f
- **Verbraucherschutz** Seite 62
- **Herr Dr. Westerwelle**

Bundestagswahlprogramm 2013 *Folie 52 ff*

- **Die Finanzmärkte an die Leine nehmen** Seite 58 ff
- **Grüne Rentenpolitik: mit der Garantierente gegen Altersarmut** Seite 133 ff
- **VerbaucheriInnen mächtig machen** Seite 58 f
- **TeamGRÜN**
- **Frau Dörner**

CDU, Regierungsprogramm 2013 – 2017 (1/3)

Strenge Regeln für die Finanzmärkte Seite 29 ff

Soziale Marktwirtschaft bedeutet: Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen. Das müssen wir auch für die Finanzmärkte durchsetzen. Für uns gilt erstens: Der Zusammenhang zwischen Entscheidungsverantwortung und Haftung muss gerade im Finanzmarkt gelten. Wer die Freiheit will, mit riskanten Geschäften hohe Gewinne zu erzielen, muss auch dafür einstehen, wenn es schiefgeht. Zweitens sagen wir: Wir wollen Regeln für jedes Produkt und jeden Akteur auf jedem Finanzmarkt. Beim Aufbau dieser Regeln sind wir gut vorangekommen. Deutschland ist dabei nicht nur Vorreiter in der nationalen Umsetzung, sondern auch international treibende Kraft.

Schattenbanken kontrollieren Besondere Aufmerksamkeit werden wir dabei den sogenannten Schattenbanken widmen. Wir wollen vermeiden, dass Zweckgesellschaften, Geldmarktfonds oder Hedgefonds klassische Bankgeschäfte außerhalb des regulierten Bankensektors abwickeln. Sonst entstehen neue Risiken, die mit allen bisherigen und künftigen Regulierungsmaßnahmen gerade vermieden werden sollen.

Finanztransaktionssteuer weltweit einführen Wir haben zusammen mit zehn anderen EU-Ländern verabredet, möglichst schnell eine Finanztransaktionssteuer einzuführen. Während andere nur reden, hat die unionsgeführte Bundesregierung gehandelt. Bei der Umsetzung werden wir darauf achten, dass Wettbewerbsverzerrungen vermieden und die Interessen des Finanzplatzes Deutschlands gewahrt bleiben. Nur als ein starker und wettbewerbsfähiger Finanzplatz kann Deutschland auch weiterhin aktiv die Regulierung der internationalen Finanzmärkte mitgestalten. Unser Ziel bleibt es dabei, die Steuer nicht nur in Europa, sondern langfristig weltweit einzuführen.

CDU, Regierungsprogramm 2013 – 2017 (2/3)

Für ein gutes Leben im Alter – sichere Rente Seite 72 ff

Die private und betriebliche Vorsorge wollen wir stärken. Unser Ziel ist dabei, dass die betriebliche Vorsorge auch für kleine und mittlere Unternehmen und deren Mitarbeiter attraktiv ist. Eingriffe durch europäisches Recht auf die betriebliche Altersvorsorge werden wir verhindern und uns für den Erhalt unseres bewährten Systems einsetzen.

Mehr Transparenz in der Alterssicherung schaffen Wir wollen, dass sich jeder Bürger über Fragen der Alterssicherung gut informieren und in Zukunft besser nachvollziehen kann, welche Anwartschaften er in den verschiedenen Säulen der Alterssicherung angespart hat. Daher setzen wir uns für eine unabhängige und **übergreifende Informationsplattform** ein, auf der alle Ansprüche aus gesetzlicher Rente, Betriebsrente und privater Vorsorge sicher, einfach und übersichtlich zusammen-gefasst sind. Eventuell bestehende Versorgungslücken können so besser aufgedeckt werden. Versicherte können besser erkennen, ob sie ausreichend viel für ihre Altersvorsorge tun.

Eigener Wohnraum sichert die Altersvorsorge Seite 93 ff

Wir unterstützen den Wunsch vieler Menschen nach einem Leben in den eigenen vier Wänden. Insbesondere junge Paare mit Kindern gehen dafür in der Gründungsphase ihrer Familie oft an die Grenzen der finanziellen Möglichkeiten, damit sie die oft größte Anschaffung ihres Lebens schultern können. Der Staat hilft beim Bausparen mit der Wohnungsbauprämie sowie mit der Arbeitnehmer- Sparzulage. **Mit der Einführung der staatlich geförderten Eigenheimrente – als eine neue Form des Bausparens – haben CDU und CSU eine wichtige Maßnahme auf den Weg gebracht, um den Eigentumserwerb zu erleichtern. ...**

CDU, Regierungsprogramm 2013 – 2017 (3/3)

Sicherheit bei Finanzgeschäften Seite 101 ff

Damit Verbraucher bei Finanzgeschäften besser geschützt sind, haben wir bereits **Produktinformationsblätter** und das **Beratungsprotokoll** verpflichtend gemacht. Wir werden beide Instrumente im Hinblick auf die praktikable Handhabung überprüfen und mit Verbesserungen für Anleger weiterentwickeln. Die staatlich geförderte private Altersvorsorge werden wir verbraucherfreundlicher gestalten und ihre Verwaltungskosten wirksam begrenzen. Zudem werden wir die Einführung der unabhängigen **Honorarberatung**, bei der die Provision des Produkthanbieters, durch ein **Honorar des Verbrauchers** ersetzt wird, für alle Finanzprodukte vorantreiben. Wir werden ein **Girokonto für Jedermann** einführen, damit auch Menschen mit sehr niedrigem Einkommen ihren Zahlungsverkehr abwickeln können. Wir wollen für alle den Bankwechsel erleichtern. Wir wollen Banken verpflichten, Kunden beim Übertritt in den teuren Dispokredit einen Warnhinweis zu geben. Und wir werden ein Vergleichsportal einrichten, damit Kunden auf einen Blick alle wesentlichen Informationen über Bankgebühren erhalten.

SPD, Das Regierungsprogramm 2013 – 2017 (1)

Märkte brauchen Regeln – für nachhaltiges Wachstum Seite 13 ff

Für uns gilt: Kein Finanzmarktakeur, kein Finanzprodukt, kein Markt darf in Zukunft unreguliert sein. Unser Grundsatz lautet dabei: Vorrang für realwirtschaftliche Investitionen gegenüber der Spekulation und Rückführung des Finanzsektors auf seine eigentliche Aufgabe: Dienstleister der Realwirtschaft zu sein. Die Verbraucherinnen und Verbraucher sollen sich als Patientinnen und Patienten, bei Bank-, Börsen- und Versicherungsgeschäften oder beim Bestellen und Einkaufen sicher und auf Augenhöhe der Unternehmen bewegen können. Unsere Verbraucherpolitik ist zukunftsfähige Wirtschaftspolitik. Sie stärkt faire Marktbedingungen, verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln, nachhaltigen Konsum und einen funktionierenden Qualitätswettbewerb. Insofern brauchen wir mehr Markttransparenz für Verbraucherinnen und Verbraucher. Die Zugänge zu Informationen müssen erleichtert werden. Wir wollen klare Aussagen über Herkunft, Eigenschaften und Inhalte von Produkten und Dienstleistungen, schnell vergleichbare Informationen, wie die Ampelkennzeichnung für Nährwerte bei Lebensmitteln. Unternehmen sollen die sozialen und ökologischen Bedingungen in der Herstellung offenlegen. Damit können Verbraucherinnen und Verbraucher informiert auswählen und verantwortungsvolles unternehmerisches Handeln belohnen. Im Gegenzug wird deutlich, wo Dumpinglöhne und repressive Marktpraktiken vorherrschen. Wir werden die Verbraucherforschung ausbauen, um der Vielfalt der Verbraucherinnen und Verbraucher und ihrer Bedürfnisse Rechnung zu tragen. n und Missstände an die Aufsicht weitergeben.

SPD, Das Regierungsprogramm 2013 – 2017 (2)

Wir wollen die Finanztransaktionssteuer. Um die Finanzmarktakteure endlich an den Kosten der Krise und an der Finanzierung des Gemeinwohls zu beteiligen, werden wir eine europäische Finanztransaktionssteuer einführen – in einem ersten Schritt im Rahmen der verstärkten europäischen Zusammenarbeit in der EU. Mit der Finanztransaktionssteuer wollen wir dazu beitragen, kurzfristige Spekulation zu verteuern und wichtige Einnahmen für den Staat zu erzielen, die für Zukunftsprojekte, europäische Wachstumsimpulse und eine faire Weltwirtschaft eingesetzt werden könnten. Wir wollen schädliche Finanzprodukte verbieten und den Verbraucherschutz stärken. Rein spekulative Finanzprodukte, die keinen wirtschaftlichen Nutzen haben, wollen wir verbieten. Derivate müssen künftig grundsätzlich auf transparenten und geregelten Handelsplattformen gehandelt werden. Notwendig sind Regeln, die es der Aufsicht erlauben, den Verkauf von bestimmten komplexen und riskanten Finanzprodukten an private Verbraucherinnen und Verbraucher zu untersagen. Auch Verbraucherschutzorganisationen kommt eine wichtige Rolle als Marktwächterinnen zu, wenn sie den Markt im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher beobachten, unlautere Praktiken aufspüren, Hinweise systematisch erfassen und Missstände an die Aufsicht weitergeben.

Für eine gerechte Steuerpolitik Seite 68

Arbeit darf nicht höher besteuert werden als Einkommen aus Kapitalvermögen. Deshalb wollen wir in einem ersten Schritt die Abgeltungssteuer unter Beibehaltung des Optionswahlrechtes von 25 Prozent auf 32 Prozent erhöhen. Sollten wir feststellen, dass das Aufkommen dieser Abgeltungssteuer geringer ausfällt als die voraussichtlichen Einnahmen bei der Besteuerung mit dem persönlichen Einkommensteuersatz, wollen wir die Abgeltungssteuer innerhalb von drei Jahren abschaffen und die Kapitalerträge wieder der synthetischen Besteuerung unterwerfen.

SPD, Das Regierungsprogramm 2013 – 2017 (3)

Gute Arbeit, gute Rente Seite 79 ff

Vor allem die betriebliche Altersversorgung hat in vielen Branchen zusätzliche Sicherheit im Alter ermöglicht. Wir wollen die Stärkung und eine größere Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge als Ergänzung der gesetzlichen Rentenversicherung. **Die betriebliche und tarifvertraglich abgesicherte Altersversorgung ist aus unserer Sicht die beste Form der privaten und zugleich kollektiven Altersversorgung.** Wir wollen sie stärken und durch die Erleichterung der Allgemeinverbindlichkeit auch in den Regionen und Branchen durchsetzen, in denen sie derzeit wegen geringer Tarifbindung nur wenig genutzt wird. Der Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge darf dabei nicht allein von den Beschäftigten getragen werden. **Bei der Riester-Rente werden wir für eine deutliche Verbesserung der Kostentransparenz und der Effizienz sorgen.**

Verbraucherinnen und Verbraucher schützen und stärken Seite 93 ff

Wir wollen mehr Markttransparenz Der Zugang zu Informationen muss erleichtert und Anbieter müssen zu einer klaren und leicht verständlichen Darstellung von Informationen verpflichtet werden. Wir wollen die Menschen in ihren Rechten, ihrem Wissen und ihren Möglichkeiten stärken, damit sie Einfluss nehmen können auf den Markt. Sie sollen schnell und unkompliziert Produkte vergleichen und eine bewusste Kaufentscheidung treffen können. **Verbraucherinformationen können aber keine wirksame Marktkontrolle, die u.a. unsichere Produkte von vornherein vom Markt fernhält, und keine Rechtsdurchsetzung ersetzen.** Wir wollen klare Aussagen über Herkunft, Eigenschaften und Inhalte von Produkten, leicht verständliche und schnell vergleichbare Informationen wie die **Ampelkennzeichnung** für Nährwerte bei Lebensmitteln und aussagekräftige und klare Informationen bei Finanz- und Versicherungsprodukten. Wir wollen die **unabhängige Honorarberatung** als echte Alternative zur Provisionsvermittlung ausbauen. Dazu werden alle Anbieter zum Angebot von **Nettotarifen** verpflichtet. **Versicherungsnehmer haben einen Anspruch auf Einhaltung ihrer Verträge. Ansprüche aus Lebensversicherungen dürfen deshalb nicht nach Kassenlage der Versicherungsunternehmen gekürzt werden.**

FDP, Bürgerprogramm 2013 – 2017 (1/2)

Finanzmarkt Seite 20

Dafür brauchen wir freie, aber nicht ungeordnete Finanzmärkte. Zu dieser Unordnung haben Fehlentscheidungen in Notenbanken, Aufsichtsbehörden, Ratingagenturen und Finanzinstituten maßgeblich beigetragen. Die vergangenen Jahre haben gezeigt: Wir brauchen eine streitbare und wehrhafte Soziale Marktwirtschaft – eine neue Ordnungspolitik für die Finanzmärkte des 21. Jahrhunderts. Sie sollen wieder zu einem Instrument für Wachstum und Fortschritt werden, das dem Menschen dient. Das deutsche Universalbankensystem mit seinen drei Säulen – Privatbanken, Genossenschaftsinstitute und Sparkassen – hat sich dabei gerade in der Krise bewährt, weil Universalbanken ihre Risiken auf mehrere Vermögensklassen verteilen können und deswegen in der Krise mehr Möglichkeiten haben Liquidität zu generieren als Spezialbanken. Wir wollen dieses System stärken und dort, wo es Fehlentwicklungen gegeben hat, durch ein neues Ordnungsrecht nachsteuern.

Verbraucherschutz Seite 62 f

Wir wollen, dass Finanzdienstleistungen durchschaubarer und für den Kunden übersichtlicher werden und Finanzprodukte besser vergleichbar sind. Nur so ermöglichen wir den Anlegern eine eigenverantwortliche Auswahl. Hierzu wollen wir Produktinformationsblätter vereinheitlichen und dabei auch eine Klassifizierung von Finanzprodukten in verbindliche Risikoklassen in den Produktinformationsblättern vorgeben.

FDP, Bürgerprogramm 2013 – 2017 (2/2)

Rente Seite 34 f

Wir treten für mehr Selbstbestimmung in der Rente ohne starre Altersgrenzen ein. Die Menschen sollen ab dem 60. Lebensjahr – bei versicherungsmathematisch korrekten Zu und Abschlägen – den Zeitpunkt ihres Renteneintritts frei wählen können, sofern ihre Ansprüche aus privater, gesetzlicher und betrieblicher Vorsorge über dem Grundsicherungsniveau liegen. Gleichzeitig wollen wir Barrieren für Arbeit im Alter beseitigen und Zuverdienstgrenzen neben dem Rentenbezug komplett aufheben. Die Versicherten können so ab dem 60. Lebensjahr ihre Arbeitszeit reduzieren und den Verdienstaufschlag durch Bezug einer Teilrente kompensieren oder – wenn sie möchten – länger arbeiten. Die Versicherten müssen sich in ihrer Lebensplanung darauf verlassen können, dass sich die Höhe der Rente an den eingezahlten Beiträgen orientiert. Deshalb stehen wir Liberalen für eine konsequent beitragsbezogene Rente. Familien- oder sozialpolitische Leistungsausweitungen dürfen nicht über Beitragsmittel finanziert werden. Wir wollen die Alterssicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung zukunftsfest machen und sie zu einem stärkeren Maße durch private und betriebliche Vorsorge, mit einem Nebeneinander der gesetzlichen Rentenversicherung, Betriebsrenten und privater Vorsorge, ergänzen. Wir brauchen eine Mischung aus umlagefinanzierter und kapitalgedeckter Vorsorge, um unterschiedliche Risiken und Sicherheiten auszugleichen. Wir lehnen daher mit Blick auf die Generationengerechtigkeit eine Rücknahme der vergangenen Rentenreformen ab, die auf eine Absenkung des gesetzlichen Rentenniveaus, eine Stabilisierung der Beiträge und den Ausbau privater Vorsorge ausgerichtet waren. Eine Einheitsversicherung, zum Beispiel durch die Einbeziehung der berufsständischen Versorgungswerke, lehnen wir ab. Wir wollen private Vorsorge für jeden, auch für Geringverdiener, attraktiv machen. Daher dürfen Einkommen aus privater und betrieblicher Vorsorge nur teilweise auf die Grundsicherung im Alter angerechnet werden. Dies ist ein wirksamer Beitrag, der Gefahr zukünftiger Altersarmut frühzeitig entgegenzuwirken. Wir wollen außerdem Selbständigen den Weg zur Riester-Förderung eröffnen. Die von Rot-Grün 2004 eingeführte doppelte Belastung der betrieblichen Altersvorsorge durch Sozialabgaben wollen wir wieder abschaffen.

Kai P. Feigenbutz, Leiter Abgeordnetenbüro

Für Dr. Westerwelle ist klar: Wer ein Leben lang hart gearbeitet hat, der hat auch Anspruch auf eine gute Rente. Die Renten in Deutschland sind durch das **Umlageverfahren** von der gesamtwirtschaftlichen Lage abhängig. Die Freien Demokraten setzen deshalb auf eine wachstumsfreundliche Wirtschaftspolitik. Denn nur wenn die Wirtschaft wächst, können auch die Renten steigen. Wir stehen für eine **konsequent beitragsbezogene Rente**. Die Versicherten müssen sich in ihrer Lebensplanung darauf verlassen können, dass sich die Höhe ihrer Rente an den eingezahlten Beiträgen orientiert. Eine Mindestrente, die dieses Prinzip aushebelt und nicht die individuelle Lebensleistung berücksichtigt, ist weder gerecht noch zielgenau. Sie verursacht erhebliche Kosten für die Rentenkasse und den Staatshaushalt und führt zu erheblichen Belastungen für die kommenden Generationen. Generationengerechtigkeit bedeutet auch, dass wir die vergangenen Rentenreformen nicht zurücknehmen dürfen, die auf den Ausbau privater Vorsorge ausgerichtet waren. Wir brauchen eine **Mischung aus umlagefinanzierter und kapitalgedeckter Vorsorge**, um unterschiedliche Lebensrisiken auszugleichen. Die gesetzliche Rentenversicherung wollen wir deshalb stärker durch die private und die betriebliche Vorsorge ergänzen. Eine Einheitsversicherung lehnen wir ab. Als Konsequenz aus der Finanzkrise haben wir die europäische Bankenaufsicht gestärkt und das Gesetz zur Vorbeugung gegen missbräuchliche Wertpapier- und Derivatgeschäfte beschlossen. Wir wollen, dass künftig kein Finanzmarkt, kein Finanzmarktakteur und kein Finanzmarktprodukt, von denen Risiken für die Stabilität des Finanzsystems ausgehen können, ohne **angemessene Regulierung und Aufsicht** sind. Liberale Finanzmarktpolitik unterstützt deshalb jede Initiative zur Transparenz der Risiken und Kosten von Finanzmarktprodukten. Der Verbraucher muss wissen, was er kauft und bei Beratungskosten und Bezahlung die Wahl-freiheit haben. Durch die Einführung der Honoraranlageberatung ist dafür ein wichtiger Schritt gemacht. Im Lichte der anstehenden Änderungen bei der Versicherungsvermittlerrichtlinie und bei der Darlehensberatung sind hier weitere Schritte hin zu mehr Transparenz geboten. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung ist es wichtig, dass private Vorsorge durch Versicherungen für den Anleger attraktiv und verlässlich und der Sektor auch künftig wettbewerbsfähig und stabil bleibt. Dabei geht es auch um die Beteiligung der Versicherten an den Gewinnen aus den **Bewertungsreserven**. Gleichzeitig müssen die Versicherungen wie jedes andere Unternehmen auch aus ihren Beiträgen Gewinne erwirtschaften können und für Risiken vorsorgen. Im Zusammenhang mit den europaweit einheitlichen Vorgaben zum Risikomanagement der Versicherungen hat die Bundesregierung dazu einen Prüfungsauftrag, der in der kommenden Legislaturperiode zeitnah aufgegriffen wird.

Grüne Bundestagswahlprogramm 2013 (1 / 3)

Die Finanzmärkte an die Leine nehmen *Seite 58 ff*

Die Überwachung der Solidität der Finanzinstitute steht oft in einem Interessenkonflikt zum Verbraucherschutz. Wir fordern daher einen Ausbau des Verbraucherschutzes für Finanzprodukte. Finanzberatung durch provisionsbasierte Finanzprodukte erfolgt heute oftmals nicht im Interesse der KundInnen, sondern im Interesse von FinanzvermittlerInnen nach hohen Provisionen. Provisionsgetriebene Falschberatung wollen wir verhindern. Wir fordern eine verbraucherschutzorientierte Regulierung der Provisionen, so dass Beratung grundsätzlich unabhängig von der Provisionshöhe erfolgt. Dazu ist auch ein völliges Provisionsverbot in der Diskussion, welches in anderen europäischen Ländern bereits besteht. Als echte Alternative wollen wir die Honorarberatung, z. B. durch die Schaffung eines einheitlichen Berufsbildes, stärken. Des Weiteren müssen private EndverbraucherInnen besser über die Risiken von Finanzprodukten informiert werden. Gleichzeitig wollen wir uns für mehr Finanzkompetenz aller einsetzen. Nur wenn wir die Strukturen und Instrumente der Finanzmärkte verstehen, können wir die Nachfrage nach nachhaltigen Anlageformen weiter verstärken und die Transparenz der Märkte erhöhen. Die Stabilisierung der Finanzmärkte hat gewaltige Kosten verursacht, an denen sich der Sektor bisher kaum beteiligt hat. Eine Finanztransaktionssteuer, die alle Finanzmarktgeschäfte mit einbezieht, kann einen Teil der Kosten begleichen. Dabei stehen wir GRÜNE weiterhin zu unserer Forderung, einen großen Teil der Einnahmen in die Bekämpfung der weltweiten Armut und den globalen Klimaschutz fließen zu lassen sowie die Finanztransaktionssteuer ins Gemeinschaftsrecht und in den EU-Haushalt zu überführen. Der Beschluss in zunächst elf europäischen Ländern, eine Finanztransaktionssteuer einführen zu wollen, ist ein Erfolg der globalisierungskritischen Bewegung und grüner Politik. Bei der weiteren Ausgestaltung dieser Steuer wollen wir darauf hinwirken, dass alle Finanztransaktionen, auch die außerbörslichen, möglichst europaweit besteuert werden. Die Höhe der Finanztransaktionssteuer wollen wir nach Produktart und Risiko differenzieren. Dazu gehört auch, dass die Regierung endlich für Transparenz bei den Bankenrettungen sorgt und veröffentlicht, wie viel

Wer GRÜN wählt reguliert wirksam die Finanzmärkte, so dass sie wieder im Dienst von Mensch und Unternehmen stehen.

Grüne Bundestagswahlprogramm 2013 (2 / 3)

Grüne Rentenpolitik: Mit der Garantierente gegen Altersarmut *Seite 133 ff*

Die gesetzliche Rentenversicherung ist aus unserer Sicht die zentrale und weiter zu stärkende Säule der Alterssicherung. Dennoch halten wir eine Risikomischung bei der Altersvorsorge für grundsätzlich richtig, weil das die Chance auf eine höhere Rendite ermöglicht. Private und betriebliche Alterssicherung sind wichtig für die Lebensstandardsicherung im Alter. Dafür wollen wir die Riesterrente grundlegend reformieren. **Wir wollen ein einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt für die staatlich geförderte zusätzliche Altersvorsorge einführen.** Die Rentenversicherung wurde in den letzten Jahren an sich verändernde Bedingungen angepasst. Die Lebenserwartung steigt glücklicherweise weiter an, die Dauer des Rentenbezugs hat sich deutlich verlängert. Die Zahl der erwerbstätigen BeitragszahlerInnen wird dagegen zukünftig zurückgehen. Im Sinne der Generationengerechtigkeit bleibt der langsame Anstieg des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre notwendig. Diese Entscheidung ist aber nur vertretbar, wenn sie mit besseren Arbeitsmarktchancen für Ältere einhergeht. Dafür braucht es mehr altersgerechte Arbeitsplätze, bessere betriebliche Gesundheitsförderung und individuelle Übergangslösungen in den Ruhestand, insbesondere durch eine Teilrente ab 60 Jahren. Für Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht bis zur Altersgrenze arbeiten können, wollen wir die abschlagsfreie Erwerbsminderungsrente wieder auf das 63. Lebensjahr zurücksetzen. Wer hingegen allein aufgrund medizinischer Diagnose und Prüfung eine Erwerbsminderungsrente erhält, sollte diese ohne Abschläge erhalten. Zurechnungszeiten wegen Erwerbsminderung werden beim Zugang zur Garantierente anerkannt. Gleichzeitig wollen viele Menschen auch nach dem Eintritt ins Rentenalter weiterhin aktiv sein, denn Arbeit ist auch Teilhabe. Wir müssen also flexible Übergänge finden für Menschen, die früher ausscheiden, und solche, die länger aktiv sein wollen.

Schlüsselprojekt Altersarmut bekämpfen Garantierente auf den Weg bringen. Wir wollen allen NeurentnerInnen mit mindestens 30 Versicherungsjahren eine Rente oberhalb der Grundsicherung garantieren. Als Voraussetzung für den Bezug gelten alle Versicherungszeiten. Dazu gehören auch Zeiten der Arbeitslosigkeit, Erwerbsminderung, Pflege, Ausbildung und Kindererziehung bis zum zehnten Lebensjahr. Wir unterscheiden dabei nicht zwischen Teilzeit und Vollzeit

Grüne Bundestagswahlprogramm 2013 (3 / 3)

VerbraucherInnen mächtig machen *Seite 180 ff*

Wissen ist Macht. Deshalb wollen wir Lücken im Verbraucherinformationsgesetz schließen und die Informationspflichten über riskante Finanz- und Versicherungsprodukte ausweiten. VerbraucherInnen wollen zu Recht wissen, was drin ist in Produkten und Dienstleistungen. Wir setzen uns für eine verlässliche und transparente Kennzeichnung ein, um die Auswahl nachhaltiger Produkte zu ermöglichen. Was es bei Lebensmitteln mit dem Bio-Siegel bereits gibt, brauchen wir auch in anderen Bereichen wie etwa bei Finanzprodukten.

Abzocke beenden – Finanzmärkte verbrauchergerecht regulieren Bei Finanzgeschäften werden zu viele abgezockt. Deshalb müssen wir den Verbraucherschutz umfassend stärken – vom unabhängigen Finanzmarktwächter, über den Rechtsanspruch auf ein eigenes Girokonto bis hin zum Schutz gegen betrügerische Anlagemodelle. Wir brauchen eine einheitliche und schlag-kräftige Finanzaufsicht mit Verbraucherschutz als Kernaufgabe, die durch einen Finanzmarktwächter unter dem Dach der Verbraucherzentralen ergänzt wird. Die Abzocke bei Dispo- und Überziehungszinsen wollen wir mit einem flexiblen, an einem Leitzins orientierten Deckel verhindern. Um provisions-getriebene Falschberatung zu überwinden, wollen wir die Honorarberatung gleichberechtigt am Markt etablieren und maximale Transparenz über alle Provisionen herstellen. Wir wollen die Finanzmärkte grüner machen, deshalb fordern wir verlässliche Gütesiegel für nachhaltige Geldanlagen sowie ökologische und ethische Standards bei der staatlich geförderten Altersvorsorge. Da bei der privaten Altersvorsorge viel zu viel Geld in den Taschen der Vermittler und Anbieter landet, brauchen wir einen verbraucherpolitischen Neustart der Riesterrente und anderer Produkte der privaten Altersvorsorge.

TeamGRÜN

Eine gute Zusammenfassung unserer Finanzmarktregulierungsvorschläge finden Sie in folgendem Flyer der Bundestagsfraktion: http://www.gruene-bundestag.de/uploads/tx_ttproducts/datasheet/f_17-93-banken.pdf

Falls es etwas detailliert sein soll, dürften folgende Papiere für Sie interessant sein:

Ein Positionspapier der Bundestagsfraktion zum Verbraucherschutz bei Versicherungsprodukten finden Sie hier: http://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/fraktion/beschluesse/Beschluss_Weimar_Finanzmarkt.pdf

Zu unserer wichtigsten Forderung in der Bankenregulierung, einer Schuldenbremse für Banken, hat Jürgen Trittin gerade einen Gastbeitrag in der Börsen Zeitung veröffentlicht. Sie finden ihn hier: <http://www.boersen-zeitung.de/index.php?li=92>

Zu unserer Forderung nach einer Garantierente gibt es folgenden Beschluss der Bundestagsfraktion: http://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/fraktion/beschluesse/Beschluss_Garantierente.pdf

Ansonsten finden Sie natürlich in unserem Wahlprogramm unsere Positionen zu den von Ihnen genannten Themen. Das Wahlprogramm inkl.

Inhaltsverzeichnis finden Sie hier: http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Gruenes-Bundestagswahlprogramm-2013.pdf

Grüne, Frau Dörner

1. Finanztransaktionssteuer / Regulierung der Finanzmärkte

Finanzmärkte müssen wieder ihre eigentlichen Funktionen erfüllen: Investitionen finanzieren, Risiken übernehmen und AnlegerInnen Sparmöglichkeiten anbieten. Nachhaltige Politik braucht funktionierende Finanzmärkte, zum Beispiel um erneuerbare Energien und Maßnahmen für Energieeffizienz zu finanzieren. In der Deregulierungswelle der 90er-Jahre wurde es Banken erlaubt, das vorzuhaltende Eigenkapital und damit den Verlustpuffer selbst zu berechnen. Man ging davon aus, dass Banken ihre Risiken jederzeit korrekt bewerten können und ließ ein gefährliches Absinken des Eigenkapitalniveaus zu. Damit muss Schluss sein. Eine Schuldenbremse für Banken tut not, die die Institute dazu verpflichtet, jederzeit ein klar definiertes Maß an Eigenkapital vorzuhalten – unabhängig von institutseigenen Einschätzungen. Damit werden wohl keine 25 Prozent Rendite und Millionenboni für Investmentbanker zu machen sein, es werden aber auch weniger Risiken entstehen. Zusätzliche Vorschriften müssen die Banken verpflichten, in guten Zeiten vorzusorgen, anstatt kurzfristige Gewinne an AktionärInnen und ManagerInnen auszuschütten.

Mit der Finanztransaktionssteuer wollen wir einerseits die Besteuerung des Finanzsektors erhöhen, da dieser zu wenig für die Finanzierung des Gemeinwohls beisteuert und zu viele Ressourcen bindet, zum Beispiel in Form von Rettungsprogrammen. Da die Steuer nur bei Erwerb und Veräußerung mit einem sehr niedrigen Satz eingeführt werden soll, würde sie zudem einen Anreiz setzen, Positionen länger zu erhalten. Davon erhoffen wir uns eine Reduktion der Volatilität an den Finanzmärkten. Kritiker befürchten, eine Finanztransaktionssteuer könne die Liquidität an den Märkten reduzieren. Wir gehen genau vom Gegenteil aus. Früher wurde eine von 10 Order an den Märkten ausgeführt. Heute ist es nur noch eine Order von 60. Das zeigt, dass die Hochfrequenzhändler an den Märkten nur für Scheinliquidität sorgen. Ein geringer Spread, der jetzt gerade angezeigt ist, ist für einen Nicht-Hochfrequenzhändler also gar nicht zu erzielen. Wenn diese Spreads sich durch den Rückgang der Hochfrequenzhändler nach Einführung der Finanztransaktionssteuer etwas weiten sollten, stärkt das viel eher die echte Liquidität an den Märkten, die von Handelspartner kommt, die auch wirklich zu den gestellten Preisen handeln wollen.

Grüne ,Frau Dörner`

2. Rentenhöhe

Wir wollen, dass unser Alterssicherungssystem auch unter den sich verändernden demografischen Bedingungen nachhaltig finanzierbar bleibt und vor Armut schützt. Dabei müssen wir darauf achten, dass Belastungen generationengerecht verteilt werden.

Vor diesem Hintergrund halten wir an den beschlossenen Rentenreformen fest. Wir setzen uns dafür ein, dass die Rentenversicherung Schritt für Schritt zu einer Bürgerversicherung fortentwickelt wird. Das führt zu mehr Gerechtigkeit in der Finanzierung der Alterssicherung. Und das führt zu mehr Stabilität bei Rentenniveau und Beitragssätzen und es bringt mehr Menschen in den Schutz der Sozialversicherungen.

3. Höhe der Abgeltungssteuer

Wir wollen die Abgeltungssteuer abschaffen und Kapitaleinkommen wieder der individuellen Höhe der Einkommenssteuer unterwerfen. Für Dividenden gilt wieder allgemein das Teileinkünfteverfahren. Veräußerungsgewinne werden unabhängig von einer Haltedauer besteuert.

5. Förderung der betrieblichen Altersvorsorge.

Bei der Weiterentwicklung der betrieblichen Altersvorsorge ist uns die Sicherheit besonders wichtig. Wer in die betriebliche Altersversorgung einzahlt, muss auch sicher sein, dass die Gelder gut und sicher angelegt sind. Deswegen ist für uns eine ausreichende Hinterlegung mit Eigenkapital sehr wichtig. Dabei treten wir dafür ein, dass gerade kleinere Anbieter nicht überfordert werden. Wir treten auch dafür ein, dass die Mitnahme und Übertragbarkeit von Betriebsrenten auch über die Ländergrenzen der EU hinweg vereinfacht und verbessert wird.

Grüne ,Frau Dörner`

4. Verbraucherschutz

Auch fünf Jahre nach Beginn der Finanzmarktkrise ist der Verbraucherschutz im Finanzmarkt unterentwickelt. Die Unübersichtlichkeit des Marktes und Mängel in der Beratung führen zu großen finanziellen Schäden bei den VerbraucherInnen. Laut einer von der grünen Bundestagsfraktion in Auftrag gegebenen Untersuchung entstehen Anlegern bei Finanzgeschäften jährlich Schäden von bis zu 50 Milliarden Euro als Folge von unregulierten Märkten, unübersichtlichen Produkten, Kostenkalkulationen der Anbieter und mangelhafter Beratungsqualität.

Wir Grüne wollen den Finanzmarkt verbrauchergerecht gestalten. Dazu gehört, dass Finanzmarktakteure endlich durch eine einheitliche Finanzaufsicht überwacht werden. Aber neben der behördlichen Überwachung brauchen wir eine systematische Marktbeobachtung aus Verbraucherperspektive, die Missstände im Finanzmarkt aufdeckt, veröffentlicht, ein Beschwerderecht gegenüber der Finanzaufsicht hat und selbst mithilfe kollektiver Klagerechte aktiv werden kann. Einen solchen Finanzmarktwächter wollen wir unter dem Dach der Verbraucherzentralen einrichten.

Die bisherige provisionsgeleitete Finanzberatung ist nicht am Bedarf der Ratssuchenden orientiert. Daher wollen wir die Honorarberatung als echte Alternative ausbauen und die Anbieter verpflichten, Finanzprodukte in Nettotarifen, also ohne eingerechnete Provisionen, auszuweisen. Im Versicherungsbereich wollen wir die Privilegien gebundener Versicherungsvermittler abschaffen. Jeder, der versicherungsberatend und -vermittelnd tätig ist, muss nachgewiesenermaßen qualifiziert sein und sich fortwährend beruflich fortbilden.

Hinsichtlich der privaten Altersvorsorge halten wir einen verbraucherpolitischen Neustart für nötig, da viel zu viel von dem Geld, das Staat und Riester-SparerInnen für die private Altersvorsorge bereitstellen, in den Taschen der Vermittler und Anbieter landet. Wir wollen eine klar definierte Liste zulässiger Kostenanteile, die Abschlussprovisionen deckeln, Wechselkosten begrenzen und die Abschlusskosten zugunsten des Kunden auf die gesamte Laufzeit verteilen. Die Einführung eines öffentlich organisierten Basisprodukts wollen wir prüfen.

Gegen überhöhte Dispozinsen wollen wir mit einer gesetzlichen Deckelung – in Form eines Aufschlags auf einen Leitzins – vorgehen. Weitere Informationen: Fraktionsbeschluss Bündnis 90 / Die Grünen zu Verbraucherschutz am Finanzmarkt: https://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/fraktion/beschluesse/Beschluss_Weimar_Finanzmarkt.pdf

Grüne ,Frau Dörner`

5. Förderung der betrieblichen Altersvorsorge.

Bei der Weiterentwicklung der betrieblichen Altersvorsorge ist uns die Sicherheit besonders wichtig. **Wer in die betriebliche Altersversorgung einzahlt, muss auch sicher sein, dass die Gelder gut und sicher angelegt sind.** Deswegen ist für uns eine ausreichende Hinterlegung mit Eigenkapital sehr wichtig. Dabei treten wir dafür ein, dass gerade kleinere Anbieter nicht überfordert werden. Wir treten auch dafür ein, dass die Mitnahme und Übertragbarkeit von Betriebsrenten auch über die Ländergrenzen der EU hinweg vereinfacht und verbessert wird.